

Die Hinwendung zur Tradition ist also auf einen offiziell verordneten stärkeren Patriotismus zurückzuführen. Dieser wiederum ist eine Folge der Öffnungspolitik, gleichsam ein Gegengewicht gegen die mit der Öffnung verbundenen westlichen Einflüsse. Unter den Bedingungen der Abgeschlossenheit brauchte die Partei den Patriotismus nicht zu betonen, heute erscheint es ihr notwendiger als je zuvor. Deshalb findet die Besinnung auf die eigene Tradition die Zustimmung der Reformer wie der Orthodoxen. Lediglich bei den radikalen Reformern, die in der Tradition des 4. Mai stehen, dürfte nicht mit begeisterter Zustimmung zu rechnen sein. Ansonsten aber scheint diese Seite beim Aufbau der sozialistischen geistigen Zivilisation in der breiten Bevölkerung weniger Schwierigkeiten zu verursachen als die Festigung der vier grundlegenden Prinzipien.

Anmerkungen

- 1) Vgl. meine Artikel über den Fall Bai Hua in C.a. 1981/6 und über die "Geistige Verschmutzung" in C.a. 1984/2.
- 2) Vgl. seine Selbstkritik in C.a. 1984/2, S.85.
- 3) S. C.a. 1983/11, Ü 9.
- 4) Vgl. hierzu Peter Schier, "Der Sturz des Hu Yaobang", C.a. 1987/1, S.63-68.
- 5) Einzelheiten dazu in C.a. 1987/1, Ü 14.
- 6) Vgl. C.a. 1987/1, Ü 9.
- 7) Z.B. GMRB, 30.1.87; Shaanxi Ribao, 27.1.87, nach SWB, 3.2.87.
- 8) Vgl. hierzu Ü "Liu Xinwu von seinem Posten suspendiert" in diesem Heft.
- 9) Vgl. Zhengming, 1987/3, S.12.
- 10) GMRB, 26.1.87.
- 11) RMRB, 21.1.87.
- 12) Zhengming, 1987/3, S.11 und DGB, Hongkong, 12.2.87, nach SWB, 14.2.87.
- 13) XNA, 16.2.87.
- 14) XNA, 16.2.87.
- 15) Vgl. Beschluß des ZK der KPCh über die Leitprinzipien für den Aufbau der sozialistischen geistigen Zivilisation vom 28.9.86.
- 16) Vgl. RMRB, 20.1.87; Radio Harbin, 26.1.87, nach SWB, 30.1.87.
- 17) Wenhui Bao, Hongkong, 9.2.87, nach SWB, 11.2.87.
- 18) Vgl. z.B. den Kommentar in RMRB, 12.1.87.
- 19) RMRB u. GMRB, 29.9.86. Übers. in BRu.
- 20) Vgl. z.B. Chen Junsheng, "Bei der Reform und Öffnung an den vier grundlegenden Prinzipien festhalten", RMRB, 12.1.87; Shen Baoxiang, "Das Festhalten an den vier grundlegenden Prinzipien ist die Grundlage für die Modernisierung", RMRB, 26.1.87.
- 21) Vgl. "Jiushi Niandai 1985/2, S.52 ff. und C.a. 1985/4, Ü 21.
- 22) RMRB, 2.3.87.
- 23) Nanfang Ribao, 24.1.87, nach SWB, 28.1.87.
- 24) Vgl. C.a. 1986/3, Ü 18; 1986/4, Ü 13; 1986/8, Ü 13.
- 25) RMRB, GMRB, 18.2.87.

PETER SCHIER

Der Sturz des Hu Yaobang - Orthodoxe Marxisten und alte Berater schlugen zurück

Teil II

3.

Die "Fehler" Hu Yaobangs

Offenbar auf Anweisung der Parteizentrale enthüllte ein hoher KPCh-Funktionär Ende Februar 1987 gegenüber Journalisten der Zeitung *Washington Post* und der beiden Nachrichtenagenturen *Agence France Presse* und *Kyodo News Service* den Inhalt von ZK-Dokument 3/1987, in dem sechs "Fehler" aufgeführt werden, die Hu Yaobang im Zusammenhang mit seinem Sturz vorgehalten wurden.

ZK-Dokument 3/1987 wurde am 17. Januar 1987, also einen Tag nach dem Sturz von Hu Yaobang, parteiintern verbreitet. Das Dokument besteht im wesentlichen aus ausführlichen Auszügen des Berichts von Bo Yibo über die "Fehler" von Hu Yaobang. Dieser Bericht, den Bo Yibo auf der erweiterten Sitzung des Politbüros am 16. Januar 1987 vorgetragen hatte, stellt wiederum eine Zusammenfassung der intraelitären Auseinandersetzungen auf mehreren informellen erweiterten Sitzungen des Politbüros vom 10. bis 15. Januar 1987 dar.

Aus dem Bericht von Bo Yibo geht hervor, daß auf mehreren erweiterten Politbürositzungen zwischen dem 10. und 15. Januar außer Hu Yaobang auch viele andere Spitzenkader Selbstkritik geübt haben, nachdem sie selbst angegriffen worden waren. Hierbei dürfte es sich um Zhao Ziyang, Hu Qili und andere Reformkräfte gehandelt haben. Im Gegensatz zu den anderen kritisierten Reformkräften hat Hu Yaobang jedoch einen Teil der gegen ihn erhobenen Vorwürfe als nicht mit den Tatsachen übereinstimmend zurückgewiesen und verlangt, daß dies in einem Zusatz zum ZK-Dokument 3/1987 aktenkundig gemacht wird. (*Kyodo*, engl., 26.2.87, nach *SWB*, 28.2.87)

Über Deng Xiaopings Verhalten gegenüber Hus "Fehlern" wird in dem ZK-Dokument lediglich erklärt, daß Deng in den letzten Jahren mehrfach als erster Hu Yaobang wegen dessen Fehlern kritisiert und verwarnt habe, doch Hu habe diese Warnungen nicht beachtet. (*IHT*, 28.2./1.3.87; *Le Monde*, 2.3.87; *Kyodo*, engl., 27.2.87, nach *SWB*, 3.3.87)

Bei der folgenden Rekonstruktion der in ZK-Dokument 3/1987 aufgezählten "Fehler" von Hu Yaobang wurden folgende Quellen verwandt: *IHT*, 28.2./1.3.87; *Zhengming*, Februar 1987, S. 7; *Zhengming*, März 1987, S. 6-9; *Le Monde*, 2.3.87; *Kyodo*, 25.1.87, in: *SWB*, 27.1.87; *Mingbao*, Hongkong, 31.1.87, in: *SWB*, 3.2.87; *Mingbao*, Hongkong, 26.1.87, in: *SWB*, 28.1.87; *AW*, 1.2.87, S. 14;

1. Fehler

Hu habe "jene Elemente ermuntert, die sich aktiv für eine bürgerliche Liberalisierung eingesetzt haben" (*Le Monde*, 2.3.87), wie z.B. Fang Lizhi. Er habe diesen Leuten zu viel freien Raum gelassen, sei ihnen gegenüber zu tolerant gewesen und er habe zu große Nachsicht walten lassen. Hu habe den Vertretern einer bürgerlichen Liberalisierung Mut gemacht, indem er zu Beginn der politischen Reformdiskussion verkündet habe: "Ihr braucht keine Angst zu haben, als Rechtsabweichler abgestempelt zu werden; wenn man zu einem Rechtsabweichler abgestempelt worden ist, kann man auch wieder rehabilitiert werden." (Nach *Zhengming*, März 1987, S. 8) Hu habe sogar versucht, diese Intellektuellen zu schützen. Die "wirklichen Marxisten-Leninisten" hingegen habe Hu weggestoßen und sogar angegriffen.

Hu habe mit seinem Verhalten die Basis für die Infragestellung des kommunistischen Systems während der politischen Reformdiskussion gelegt, die wiederum zu den Demonstrationen der Studenten für Demokratie geführt hätte. In diesem Zusammenhang wurde Hu vorgeworfen, der Partei empfohlen zu haben, keine Einwände gegen bürgerlich-liberales Gedankengut zu erheben. Hu Yaobangs nachlässiges Verhalten gegenüber bürgerlichen Liberalisierungstendenzen habe nicht nur die Wirksamkeit der Bewegung gegen die geistige Verschmutzung eingeschränkt, sondern auch freiheitliche Tendenzen unter dem chinesischen Volk ermuntert

und zu den Studentendemonstrationen für mehr Demokratie und Freiheit im Dezember 1986 geführt.

Nach Darstellung der Hongkonger KPCh-Zeitung *Da Gong Bao* sind Hu Yaobang vor allem zwei Dinge vorgeworfen worden:

1) Eine nachlässige Haltung gegenüber bürgerlichen Liberalisierungstendenzen.

2) Versagen bei der Verhinderung der Studentendemonstrationen (*DGB*, 18.1.87, nach *SWB*, 20.1.87). Hierzu erklärte Staatspräsident Li Xiannian am 3. März 1987 dem ehemaligen Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Japans, Ryosaku Sasaki, gegenüber, daß Hu Yaobang den Studentendemonstrationen nicht scharf genug entgegengetreten sei (*AP*, 3.3.87).

Schließlich wurde Hu Yaobang angekreidet, daß er als ZK-Generalsekretär den Beschluß der 6. Plenartagung des XII. ZK über den Aufbau einer sozialistischen geistigen Zivilisation vom 28. September 1986 nicht in die Tat umgesetzt habe. Dies gelte vor allem für die Bekämpfung der bürgerlichen Liberalisierung. Stattdessen habe Hu den Vertretern des Liberalismus innerhalb der Partei weiterhin den Freiraum gelassen, ihre absurden Theorien gegen die vier grundlegenden Prinzipien zu verbreiten.

Fazit von Bo Yibo: Hu Yaobang habe hartnäckig die bürgerliche Liberalisierung unterstützt.

2. Fehler

Hu Yaobang habe an der ideologischen Front lediglich einen Kampf gegen die "linke" (d.h. maoistische) Ideologie geführt, während er die Bekämpfung von "rechtem" Gedankengut unterlassen habe. Hu sei ein Rechtsabweichler innerhalb der Partei. Seine rechtsabweichlerische Führung sei dafür verantwortlich, daß die Ausrichtungsbewegung der KPCh bisher gescheitert sei. Überhaupt habe Hu Schwäche bei der Führung der Ausrichtung der Partei gezeigt und nicht die ideologische und organisatorische Gleichschaltung betont, so daß bis heute kein bedeutender Fortschritt in dieser Frage erzielt worden sei. Hu habe die Wirtschaftsentwicklung überbetont und die Ausrichtung gegen "linke" (?) Kräfte und gegen korrupte Parteimitglieder vernachlässigt.

Hu habe gegen die Kritik an der geistigen Verschmutzung und gegen die Kritik an der bürgerlichen Liberalisierung opponiert. So habe sich Hu mit einer passiven Haltung der Kampagne zur Bekämpfung der geistigen Verschmutzung durch bürgerlich-liberales Gedankengut widersetzt. Diese Bewegung, die im Oktober 1983 von Deng persönlich initiiert worden war, war bereits Anfang 1984 wieder eingeschlafen. Hu sei deshalb von Deng bereits in der zweiten Jahreshälfte 1984 kritisiert worden.

3. Fehler

Auf wirtschaftlichem Gebiet habe sich Hu für gefährlich hohe Wachstumsraten eingesetzt und die Konsumtion vor die Produktion gestellt. Das von Hu Yaobang befürwortete Konzept der Wirtschaftsentwicklung durch eine Steigerung der Konsumtion basiere auf westlichen Volkswirtschaftslehren und sei abzulehnen. Entsprechend seiner Präferenz für eine hohe Konsumtionsrate habe sich Hu gegen Forderungen nach einem Aufbau des Landes durch harte Arbeit und Genügsamkeit gewandt. Insgesamt habe Hu Wirtschaftspolitik 1984 zu schweren wirtschaftlichen Ungleichgewichten und zu einem zu geringen Konsumgüterangebot geführt und die Wirtschaft außer Kontrolle geraten lassen. Die von Hu befürwortete hohe Konsumtionsrate habe eine Überhitzung der Wirtschaft und eine zeitweilige Wirtschaftskrise im Jahre 1984/85 zur Folge gehabt. Hu sei auch für die gegenwärtig extrem hohen Heiratsausgaben und den Run auf Farbfernseher und Kühlschränke verantwortlich.

Im übrigen habe sich Hu Yaobang mit seinen Vorstellungen zur Wirtschaftsreform in die staatliche Wirtschaftspolitik eingemischt und damit die Arbeitsteilung zwischen Partei und Regierung verletzt.

4. Fehler

In wichtigen politischen Fragen habe Hu die Ansicht vertreten, daß die Ansichten der politischen Führer wichtiger seien als Gesetze und Vorschriften. Hu habe gegen den gesetzmäßigen Gang der Dinge verstoßen, nicht verfassungsgemäße Entscheidungen getroffen und "unseriöse" Erklärungen über Rechtsfragen abgegeben. Hu habe die Aktivitäten des Nationalen Volkskongresses behindert und in die Unabhängigkeit der Justizorgane

eingegriffen. Insgesamt habe Hu Yaobang autokratisch geherrscht und die Autorität des Rechts mißachtet.

Die Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* erläuterte hierzu, daß Hu über Tausende von Beschwerden von Bürgern entschieden habe, die sich zu Unrecht verfolgt und verurteilt fühlten und direkt an das ZK-Sekretariat geschrieben hatten. Peng Zhen sei darüber sehr verärgert gewesen, weil die Entscheidung über Fehlurteile in seine Kompetenz falle. (*Zhengming*, März 1987, S. 8-9)

5. Fehler

Auf dem diplomatischen Parkett habe Hu Yaobang "bei vielen Gelegenheiten Dinge gesagt, die er nicht hätte sagen dürfen" (*IHT*, 28.2./1.3.87). Auf diese Weise habe Hu sehr oft die diplomatische Disziplin verletzt und fortlaufend gegen das Prinzip der kollektiven Führung verstoßen. Hu wurden zu diesem Punkt folgende konkrete Vorwürfe gemacht:

- a) Hu habe die vom ZK ursprünglich auf 300 festgelegte Zahl von japanischen Jugendlichen, die auf Kosten der VRCh nach China eingeladen werden sollten, eigenmächtig auf 3.000 erhöht. Dies habe erhebliche Schwierigkeiten und eine große Verschwendung staatlicher Gelder zur Folge gehabt.
- b) Hu habe die Verringerung des Personalbestands der VBA um 1 Million Mann vor dem formellen Beschluß der ZK-Militärkommission im Ausland bekanntgegeben.
- c) Hu habe gegenüber ausländischen Würdenträgern unüberlegte und nicht autorisierte Versprechungen bezüglich wirtschaftlicher Möglichkeiten gemacht, was zu außenpolitischen Irritationen geführt habe.

6. Fehler

Hu habe gegen Beschlüsse des Nationalen Volkskongresses und einer Reihe von Parteigremien verstoßen. Hu habe außerdem viele unautorisierte und fehlerhafte Kommentare zu einer Reihe von wichtigen Fragen abgegeben und permanent gegen die Parteidisziplin verstoßen. Hu habe Bemerkungen gemacht, die Entscheidungen des ZK, des Politbüros und des ZK-Sekretariats vorwegnahmen.

Zhengming zufolge soll sich dieser Vorwurf vor allem auf ein Interview beziehen, das Hu im Frühsommer 1985 mit Journalisten aus Hongkong geführt hatte. In diesem Interview soll Hu Dinge gesagt haben, die Hu Qiaomu sehr verärgert haben sollen - deshalb soll dieser Kritikpunkt auf Drängen von Hu Qiaomu eingebracht worden sein. (*Zhengming*, März 1987, S. 9-10)

Weitere Vorwürfe

Außer diesen in ZK-Dokument 3/1987 genannten "Fehlern" wurden Hu Yaobang parteiintern noch weitere Vorwürfe gemacht, die jedoch nicht parteiöffentlich gemacht wurden:

- Hu habe ohne Wissen und Genehmigung der Parteizentrale überall Inspektionsreisen unternommen und an jedem Ort verkündet, daß die alten Kader pensioniert werden müßten, um eine Verjüngung der politischen Führung zu erreichen. (*Jiushi Niandai*, März 1987, S. 76)
- Hu habe die alten Revolutionäre zum Rücktritt zwingen wollen, um selbst die Macht zu ergreifen. (*Zhongguo zhi chun*, März 1987, S. 78-79).

- Während der Bewegung zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität seien aufgrund von Hus Intervention viele Kader und deren Kinder zu Unrecht belangt worden. (*Jiushi Niandai*, März 1987, S. 76).

- Hu habe sehr viele wichtige Positionen in der Partei mit seinen Leuten besetzt und Fraktionismus betrieben (Ebenda; *Zhengming*, Februar 1987, S. 7).

- Hu sei de facto der Hintermann jener bürgerlichen Elemente, die gegen die vier grundlegenden Prinzipien verstießen und die in großem Maße die bürgerliche Liberalisierung und die totale Verwestlichung, d.h. die Entwicklung des Kapitalismus, betrieben. (*Zhengming*, Februar 1987, S. 7).

- Hu wolle keine Planwirtschaft, sondern eine kapitalistische Marktwirtschaft in China durchsetzen (Ebenda).

- Hu vernachlässige die Landwirtschaft und betone zu stark die Industrie (Ebenda).

- Hu habe der Reformpolitik zu hohe Ziele gesteckt und ein zu schnelles Tempo vorgeschrieben,

und er habe sich damit von der chinesischen Realität entfernt (Deng Xiaoping, nach *AW*, 1.2.87, S. 10).

- Hu Yaobang wurde intern auch vorgeworfen, sich außenpolitisch einseitig an Japan orientiert zu haben und trotz schwerwiegender unfreundlicher Akte von japanischer Seite ein zu enges Verhältnis mit den Japanern unterhalten zu haben. Folgende Punkte wurden Hu vorgeworfen:

- Die Einladung von 3.000 japanischen Jugendlichen nach China auf Kosten des chinesischen Staats ohne entsprechende japanische Gegenleistungen.

- Die gemeinsame Besteigung des Mount Everest durch chinesische und japanische Bergsteiger.

- Die Einladung an Premierminister Nakasone im November 1986, ohne daß Japan hierfür etwas angeboten hätte.

- Hu habe mit den Japanern ein zu enges Verhältnis gepflegt, was u.a. darin zum Ausdruck gekommen sei, daß er einmal innerhalb von nur einer Woche dreimal mit dem japanischen Botschafter in Beijing diniert habe. (*FT*, 2.3.87)

Die gegen Hu Yaobang erhobenen Vorwürfe zeigen deutlich, daß Anfang Januar 1987 ein Scherbengericht über das gesamte Reformprogramm abgehalten wurde und daß Hu alle negativen Begleiterscheinungen der Reformpolitik angelastet wurden, um wichtige Teile des Reformprogramms zu retten. Daß es auch darum ging, weitere Köpfe des Reformflügels zu schonen, wird daran deutlich, daß Hu Yaobang auch die "überzogenen Ziele" und das "exzessive Tempo" der Reformpolitik angelastet wurden, denn diese Kritik könnte auch gegen jedes andere Mitglied der Reformgruppe erhoben werden - vor allem aber auch gegen Deng Xiaoping selbst, der noch vor wenigen Monaten sehr ehrgeizige Ziele hinsichtlich der Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens der chinesischen Bevölkerung verkündet hatte. Auch der Vorwurf an die Adresse von Hu Yaobang, er habe autokratisch geherrscht und die Autorität des Rechts ist an Scheinheiligkeit kaum zu überbieten, denn diese Kritik könnte mit viel mehr Berechtigung

gegen Deng selbst oder gegen jene 17köpfige 'Beraterbande' (guwen bang) erhoben werden, die maßgeblich an dem illegalen Coup gegen Hu beteiligt war.

4. Der eigentliche Hintergrund des Sturzes von Hu Yaobang

Der Sturz von Hu Yaobang ist der vorläufige Höhepunkt eines bereits seit Ende 1980 bestehenden Macht- und Richtungskampfes, der gleichzeitig auch den Charakter eines Generationenkonfliktes zwischen den Revolutionären der ersten Stunde und den etwas jüngeren Parteiführern aufweist.

Mit ungewohnter Offenheit tat Staatspräsident Li Xiannian (78) seine Version des personellen Wechsels an der Parteispitze kund. Li, der als Vertreter der zentralen Industriebürokratie der Koalition der Reformgegner zuzuordnen ist, erklärte am 3. März 1987 dem ehemaligen Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Japans, Ryosaku Sasaki, daß er nun wirklich "genug habe" von den westlichen Berichten über Machtkämpfe oder einen bevorstehenden politischen Wandel in der Partei. Es gehe schlicht darum, daß die ältere Generation an der Parteispitze ihre Machtstellung nicht freiwillig den Jüngeren übergeben werde. Li wörtlich: "Die ersten Wellen werden nicht von den folgenden Wellen überrollt werden." (*AP*, 3.3.87)

Dies liest sich so, als ob es sich bei der gegenwärtigen Krise ausschließlich um einen Generationenkonflikt handelte. Doch einen reinen Machtkampf zwischen den Alten und Jüngeren in der Parteispitze stellen die Auseinandersetzungen vor und nach dem Sturz von Hu Yaobang wahrscheinlich doch nicht dar, denn die große inhaltliche Unterschiedlichkeit der Äußerungen der verschiedenen politischen Lager zu Fragen der Politik, der Ideologie und der Wirtschaftsreform scheinen eher Indizien für einen grundlegenden Programmkonflikt als lediglich ideologische Scheingefechte zur Kaschierung ordinärer persönlicher Machtkämpfe.

Viele chinesische Normalbürger meinen freilich, daß die persönlichen Machtambitionen der alten Herren den Hauptgrund für den Sturz von Hu Yaobang darstellen (*AW*, 15.3.87, S.23). Sie weigerten sich nicht nur, Hus impertinenten Forderungen nach ihrem Rücktritt

Folge zu leisten, sondern sie wollen offenbar sogar einige bereits vollzogene Verjüngungsmaßnahmen wieder rückgängig machen. Tatsächlich sind eine Reihe von überlebenden Revolutionären der ersten Stunde wieder an die Hebel der Macht zurückgekehrt. Führende Mitglieder Zentralen Beraterkommission, wie z.B. Bo Yibo (79), Song Renqiong (78) und Wang Zhen (79) scheinen wieder weitaus mehr Macht zu haben als die 'jugendlichen' nominellen Politbüromitglieder in der Altersklasse zwischen Hu qili (58) und Zhao Ziyang (68). Die alten Herren wollen nicht nur sicherstellen, daß die von ihnen befürwortete Politik wieder eingeschlagen und auch künftig befolgt wird, sondern sie wollen auch und vor allem noch vor ihrem Abtritt ihre eigene Nachfolge in ihrem Sinne geregelt wissen. Bereits in den letzten Jahren war eine große Anzahl von Söhnen und Töchtern der alten Garde in Führungspositionen befördert worden, um den Vätern den Rückzug aus den formellen politischen Führungsgremien zu 'ermöglichen'. Im folgenden seien nur einige Namen als Beispiele genannt:

- Ye Xuanping (63), Sohn von Ye Jianying, wurde im August 1985 Provinzgouverneur von Guangdong und stieg im September 1985 zusätzlich zum ZK-Mitglied auf.
- Zou Jiahua (60), Schwiegersohn von Ye Jianying, wurde im Juni 1985 Minister für Rüstungsindustrie (heute: Vorsitzender der Zentralen Kommission für Maschinenbauindustrie) und stieg im September 1985 zusätzlich zum ZK-Mitglied auf.
- Xu Huizi (51), Sohn von Xu Xiangqian, wurde im Juni 1985 stellvertretender Generalstabschef der VBA und stieg im September 1985 zusätzlich zum ZK-Mitglied auf.
- Ding Henggao (56), Schwiegersohn von Nie Rongzhen, wurde im Juni Vorsitzender der Zentralen Kommission für Rüstungsforschung und -technik und für Rüstungsindustrie und stieg im September 1985 zusätzlich zum ZK-Kandidaten auf.
- Buhe, Sohn von Ulanhu, stieg im September 1982 zum ZK-Mitglied auf und wurde im April 1983 Regierungschef der Inneren Mongolei.

- Wang Jun, Sohn von Wang Zhen, wurde im Dezember 1984 stellvertretender Minister für Staatssicherheit.

Dagegen soll Hu Yaobang nun gerade versucht haben, nicht nur die alte orthodoxe Garde vollständig zu pensionieren sondern auch zu verhindern, daß deren Nachkömmlinge die Plätze ihrer Väter und Schwiegerväter in den Führungsgremien der Partei einnehmen. So hat Hu im Sommer 1986 angeblich erklärt, daß die Söhne der alten Kader nicht in das Zentralkomitee aufzurücken sollten (AW, 15.3.87, S.23).

Schlimmer noch: Hu ließ während der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität u.a. einen Sohn von Hu Qiaomu und eine Tochter von Peng Zhen wegen Korruption verhaften (Zhongguo Zhi Chun, März 1987, S. 78; Jiushi Niandai, März 1987, S. 76). Gegen Bo Xicheng, einen Sohn von Bo Yibo, ließ Hu 1985/86 ein Ermittlungsverfahren wegen Wirtschaftsverbrechen einleiten, das allerdings wieder eingestellt wurde (AW, 15.3.87, S.24).

Hu Yaobangs geradezu liberale Haltung in Bezug auf die Diskussionen über die Reform des politischen Systems im Sommer 1986 und seine verständnisvolle Haltung gegenüber den studentischen Demonstrationen Ende 1986 waren sicherlich nicht nur ein Vorwand sondern auch ein weiterer wichtiger Grund für die Ablösung von Hu als ZK-Generalsekretär, zumal selbst Deng Xiaoping eine politische Liberalisierung strikt ablehnt und in dieser Frage offenbar mehr Gemeinsamkeiten mit den orthodoxen Marxisten-Leninisten aufweist als mit dem radikalen Reformflügel.

Der eigentliche Hintergrund für den Sturz von Hu Yaobang scheint jedoch die Auseinandersetzung zwischen marktorientierten Wirtschaftsreformkräften auf der einen Seite und einer Koalition von Reformgegnern auf der anderen Seite über Umfang und Grenzen der Wirtschaftsreform zu sein.

Die Reformkräfte zerfallen in einen starken gemäßigten Flügel unter Deng Xiaoping und in einen kleinen radikalen Flügel, der zumindest die Sympathie von Hu Yaobang (und wohl auch von Zhao Ziyang) besitzt. Der konservative Reformflügel lehnt im Gegensatz

zu den radikalen Reformern eine politische Liberalisierung strikt ab, während die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der beiden Reformflügel nahezu identisch scheinen.

Das Anti-Reform-Bündnis setzt sich aus folgenden politischen Meinungs- und funktionalen Interessengruppen zusammen:

- orthodoxe Marxisten-Leninisten vor allem in der politisch-ideologischen Teilbürokratie der KPCh,
- Vertreter der staatlichen Industriebürokratie und
- Verfechter des traditionellen sowjetischen Entwicklungsmodells der bürokratischen Befehlsplanung und der bürokratisch verwalteten Industrielwirtschaft, das in den 50er Jahren in China unter maßgeblicher Mitwirkung von Chen Yun und Bo Yibo verwirklicht wurde.

Der Konflikt zwischen Reformern und Reformgegnern besteht bereits seit Ende 1980. Die Zeit nach Maos Tod und nach dem Sturz seiner radikalen Anhänger war bis 1981/82 primär durch die Auseinandersetzung zwischen einer antimaoistischen Koalition unter Führung von Deng Xiaoping und der gemäßigten maoistischen Restfraktion unter Hua Guofeng bestimmt. Gleichzeitig mit dem kontinuierlichen Niedergang der maoistischen Restfraktion entwickelten sich jedoch ab Ende 1980 zunehmend Gegensätze innerhalb der antimaoistischen Koalition zwischen marktorientierten Reformkräften auf der einen Seite und Verfechtern der bürokratischen Befehlsplanung, Vertretern der staatlichen Industriebürokratie und orthodoxen marxistisch-leninistischen Kräften innerhalb des politisch-ideologischen Apparats auf der anderen Seite. Hauptstreitpunkt war und ist die marktorientierte Reform des Wirtschaftssystems, die im Fall ihrer Verwirklichung für Zigtausende von Wirtschaftsbürokraten und politisch-ideologischen Kadern erhebliche Macht- und Statureinbußen bedeuten würde. Damit verlagerte sich das Zentrum der Auseinandersetzungen innerhalb der Parteiführung von dem Konflikt zwischen Maoisten und Antimaoisten über die Frage 'Maoistisches oder pragmatisches Entwicklungskonzept?' zu einer Auseinandersetzung zwischen Reformern und einer neu formierten Koalition von Reform-

gegnern über Umfang und Grenzen der Wirtschaftsreform. Die zentrale Frage in den intraelitären Auseinandersetzungen lautet seitdem: 'Primär marktorientierte Reform des Wirtschaftssystems oder im wesentlichen Beibehaltung der bürokratischen Befehlsplanung und der bürokratisch verwalteten Industriewirtschaft?'

Den Reformkräften schwebt in dieser Frage offenbar eine weitgehende Ersetzung der bürokratischen Befehlsplanung sowohl durch den Markt als auch durch wirtschaftliche Planungsinstrumente des Staates, wie z.B. zentrale Investitionslenkungsmaßnahmen und zentrale Kreditvergabe, vor. Sie wollen zumindest einen Teil der staatlichen Industriebürokratie auf allen Ebenen ersatzlos auflösen und damit den einzelnen Staatsbetrieben auch wirklich eine weitgehende betriebswirtschaftliche Eigenständigkeit einräumen. Den Reformkräften geht es also um eine weitgehende Entbürokratisierung des betriebswirtschaftlichen Sektors und nicht etwa um eine bloße Dezentralisierung bürokratischer Verfügungsgewalt über die Staatsbetriebe. Darüber hinaus befürworten die Reformkräfte eine nicht unerhebliche Reprivatisierung auch der handwerklichen und kleinindustriellen Produktion sowie des Dienstleistungsgewerbes.

Die Reformgegner wollen hingegen an der absoluten Verfügungsgewalt der staatlichen Industriebürokratie über den gesamten industriellen Sektor und an der bürokratischen Befehlsplanung als dem Hauptelement staatlicher Wirtschaftspolitik festhalten, während der Markt nur eine ergänzende Hilfsfunktion spielen soll. Der Markt soll im wesentlichen nur in den Bereichen zugelassen werden, die von der zentralen Befehlsplanung nur höchst unzureichend bedient werden können, wie z.B. im Kleinhandel und im Dienstleistungsgewerbe. Die Reformgegner sind nicht nur gegen weitere Reprivatisierungsmaßnahmen (wie z.B. die Überführung von Kollektiv- und Staatsbetrieben in Aktiengesellschaften) sondern sie stehen auch den Wirtschaftssonderzonen und den chinesisches-ausländischen Joint Ventures skeptisch bis ablehnend gegenüber.

Für die Reformgegner führt die von den Reformern befürwortete Teilreprivatisierung von Produktionsmitteln direkt auf den "kapitalistischen Weg", und die Wirt-

schaftssonderzonen gelten ihnen als "neokolonialistische Enklaven". Das Idealziel der Reformgegner scheint darin zu bestehen, das von der Sowjetunion kopierte Entwicklungskonzept der 50er Jahre wieder aufleben zu lassen, wobei allerdings an den landwirtschaftlichen Reformen und an der wirtschaftlichen Öffnung gegenüber dem Westen in eingeschränktem Maße festgehalten werden soll. Stellt für diese Sowjetmodell-Verfechter das maoistische Entwicklungskonzept eine "linke" Abweichung vom Marxismus-Leninismus dar, so gelten ihnen die Reformen der Deng-Gruppe als "rechte" Abweichungen von der reinen marxistischen Lehre.

Diese orthodoxen Marxisten-Leninisten haben sowohl gegen Maos "linken" Voluntarismus während des Großen Sprungs (1958ff.) und während der Kulturrevolution (1966ff.) gekämpft als auch gegen die "Rechtabweichler" im Anschluß an die Hundert-Blumen-Bewegung (1957). Sie verstehen sich als die alleinigen Vertreter der "Wahrheit", als jene, die die "objektiven Gesetzmäßigkeiten" strikt beachten, und als "die wahren Marxisten-Leninisten" (Deng Liqun, nach *Zhengming*, März 1987, S. 16).

Die Reformgegner hatten in den vergangenen Jahren immer wieder versucht, den Reformkräften und ihrer Politik die steigende Wirtschaftskriminalität, eine unausgewogene Einkommensentwicklung, die zunehmende Wirkungslosigkeit der kommunistischen Ideale und sog. "bürgerliche Liberalisierungstendenzen" anzulasten. Den Reformkräften war es jedoch jedes Mal gelungen, die Angriffe ohne wesentliche personelle Verluste zu überstehen. Nachdem jedoch im Herbst 1986 im Verlauf der politischen Reformdiskussionen auch weitgehende Forderungen nach einer Demokratisierung des politischen Systems aufgestellt worden waren und im Dezember Studenten zu Zigtausenden auf die Straßen gingen, um für mehr Demokratie und Freiheit zu demonstrieren, wuchs der Druck der Orthodoxen offenbar so stark, daß sich Deng gezwungen sah, Hu zu opfern. Dabei scheinen auch Teile der Armeeführung eine wichtige Rolle gespielt zu haben (siehe Teil I, in: *C.a.*, Januar 1987, S. 67-68).

Damit hat sich die Ausgangsposition der Orthodoxen für den im September 1987 anstehenden Par-

teitag verbessert. Deng kann nicht mehr zurücktreten, um das Reformprogramm nicht scheitern zu lassen, und deshalb werden auch die anderen alten Politiker sich sehr wahrscheinlich kaum zu einer Pensionierung bereitfinden.

Deng Xiaoping, dem mächtigsten Politiker des nachmaoistischen China, obliegt die schwierige Aufgabe der Vermittlung zwischen den Reformkräften und jenen Reformgegnern, für die die Wirtschaftsreformen bereits zu weit gehen und die Gefahr in sich bergen, der Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse Vorschub zu leisten. Wie kein anderer chinesischer Politiker verfügt Deng jedoch über die Loyalität selbst eingeschworener Reformgegner, die sich ihm z.T. bereits seit dem legendären Langen Marsch der 30er Jahre und aufgrund des gemeinsamen politischen Schicksals während der "Kulturrevolution" persönlich eng verbunden fühlen. In dieser Konstellation liegt allerdings auch die Gefahr für den Reformkurs im Falle eines Ablebens von Deng Xiaoping, denn keiner der jüngeren Politiker verfügt über die Beziehungen und das Ansehen von Deng. Durch den Sturz des einst von Deng zu seinem Nachfolger designierten Hu Yaobang sind diese Gefahr und die damit verbundene Unabwägbarkeit des künftigen Kurses der Kommunistischen Partei Chinas wieder größer geworden. Während eine Rückkehr zum maoistischen Entwicklungsmodell zwar weitestgehend ausgeschlossen werden kann, ist die Auseinandersetzung zwischen den Reformkräften und der Anti-Reform-Koalition über die Frage 'Primär marktorientierte Reform des Wirtschaftssystems oder im wesentlichen Beibehaltung der bürokratischen Befehlsplanung und der bürokratisch verwalteten Industriewirtschaft?' noch lange nicht entschieden. Zudem zeigen der Sturz von Hu Yaobang und die antimokratische Kampagne gegen die "bürgerliche Liberalisierung" erneut, daß nicht nur die orthodoxen Marxisten-Leninisten sondern auch die Reformkräfte um Deng Xiaoping von einer politischen Liberalisierung nichts wissen wollen. Ihren Reformkurs könnte man kurz und bündig wie folgt charakterisieren: liberale Wirtschaftsreformen ja, politische Liberalisierung nein.

5. Perspektiven

Die hartnäckige Weigerung der alten Garde von Revolutionären der ersten Stunde, sich aus der aktiven Politik zurückzuziehen, hat den Plan der Reformer, auf dem kommenden XIII. Parteitag der KPCh eine weitere Verjüngung der formellen Parteiführungsgremien durchzusetzen, zum Scheitern verurteilt. Ganz im Gegenteil zeichnet sich für die kommenden Jahre eine dramatische Überalterung der politischen Führung der Volksrepublik China ab.

So erklärte Song Renqiong, einer der drei stellvertretenden ZBK-Vorsitzenden, kurz nach dem Sturz von Hu Yaobang: "Wenn der Erfolg der Partei und des Volkes auf dem Spiel steht, dann stehen die großen Massen der alten Kader immer an der vordersten Front." (RMRB, 22.1.87) Und Li Xiannian äußerte während einer Zusammenkunft mit einer Reihe von "alten Genossen" in Shanghai die Hoffnung, daß sie in Zukunft wieder etwas mehr Arbeit übernehmen würden (RMRB, 14.2.87).

Damit auch die Interessen der alten Garde gebührend berücksichtigt werden, sind die drei stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Beraterkommission, Bo Yibo (79), Song Renqiong (78) und Wang Zhen (79), von Deng Xiaoping damit beauftragt worden, die personellen Veränderungen auf dem XIII. Parteitag vorzubereiten (AW, 15.3.87, S.24). Ihnen obliegt die schwierige Aufgabe zwischen den Machtansprüchen der verschiedenen Gruppen zu vermitteln. So soll z.B. Peng Zhen (85) sich um einen Posten im Ständigen Ausschuß des Politbüros bemühen, wo er Hu Yaobang ablösen will (Ebenda).

Wenn der *Kyodo*-Bericht über die Verdammung von Hu Yaobang als Rechtsabweichler zutreffen sollte (*Kyodo*, engl., 27.2.87, nach *SWB*, 3.3.87), und wenn die gegenwärtige politische Kräftekonstellation bestehen bleibt, dürfte Hu Yaobang auf dem kommenden XIII. Parteitag mit großer Wahrscheinlichkeit seinen Sitz im Politbüro verlieren, denn es ist nach den bisherigen Erfahrungen nicht vorstellbar, daß ein "Rechtsabweichler" in den Reihen des Politbüros geduldet wird.

Daß mit Hu Yaobang auch seine gesamte Loyalitätsgruppe untergehen wird, kann - wie bereits ausgeführt (siehe Teil I, in: *C.a.*, Ja-

nuar 1987, S. 65) - nicht im Interesse der Reformgruppe sein. So kritisierte zwar der Deng-Vertraute Yang Shangkun in einer Rede auf einer der erweiterten Sitzungen des Politbüros Anfang Januar 1987 Hu Yaobang wegen dessen "Fehler", doch er nahm gleichzeitig die Loyalitätsgruppe von Hu in Schutz: "Hu machte den Fehler, daß er nicht auf die alten Revolutionäre hörte und gegen das Prinzip der kollektiven Führung verstieß. Allerdings sollte man nicht alle Anhänger von Hu als 'KJV-Fraktion' in einen Topf werfen. Mehr als einmal sind die Genossen Hu Qili und Qiao Shi zu Hu gegangen und haben ihm die Ratschläge des Genossen Deng Xiaoping überbracht, doch er hat sie nicht befolgt." (Nach *AW*, 15.3.87, S. 26)

Aufgrund der Praxis der letzten Jahre, das Amt des ZK-Generalsekretärs und das Amt des Ministerpräsidenten personell unterschiedlich zu besetzen, kann davon ausgegangen werden, daß Zhao Ziyang seinen Posten als Ministerpräsident abgeben müssen wird, wenn er als ZK-Generalsekretär auf dem XIII. Parteitag bestätigt werden sollte. Die unterschiedlichen Gruppen in der politischen Führung schlugen auf der Machtverteilungskonferenz Ende November 1986 folgende Kandidaten für die Zhao-Nachfolge im Amt des Ministerpräsidenten vor:

- Tian Jiyun wurde von Zhao Ziyang vorgeschlagen.
 - Li Ruihuan wurde von Wan Li vorgeschlagen.
 - Li Peng wurde von Chen Yun und Wang Zhen vorgeschlagen.
- (*Zhengming*, Februar 1987, S. 10)

Besonders gute Chancen auf den Posten des Ministerpräsidenten scheint der Bürgermeister von Tianjin, Li Ruihuan (53), zu besitzen. Eine von Lis herausragenden Qualitäten ist offenbar, daß er mit der alten Garde gut auskommen kann. Am 29. Januar 1987 veröffentlichte das ZK-Organ *Volkszeitung* einen Aufmacher auf der ersten Seite mit der Überschrift "In Tianjin haben die alten Kader und Fachleute den ihnen gebührenden Platz". In diesem Artikel wird von einem "Beraterkomitee" (zixun weiyuanhui) berichtet, das die Stadtregierung unter Leitung von Bürgermeister Li Ruihuan im September 1984 etabliert hatte. Diesem Beratungsgremium, das gegenwärtig 162 Mitglieder umfaßt, gehören hauptsächlich alte pensionierte Kader an: Sie machen 59 Prozent aus, wäh-

rend alte Wissenschaftler 27 Prozent und alte Ingenieure und Techniker 14 Prozent der Regierungsberater stellen. In den letzten beiden Jahren haben die alten Berater dem ZK-Organ zufolge auf allen Gebieten viele wertvolle Vorschläge gemacht, die zu der erfolgreichen Arbeit der Regierung von Tianjin wesentlich beigetragen haben sollen. Der Tianjiner Bürgermeister Li Ruihuan wurde von der *Volkszeitung* mit folgenden lobenden Worten über die alten Berater zitiert: "Die Tatsache, daß wir, die wir an der Führung sind, die Unterstützung und Hilfe durch die alten Genossen haben, gibt uns ein beruhigendes Gefühl. Dies ist auch ein bedeutender Faktor dafür, daß die ausgezeichnete Situation der Stadt Tianjin kontinuierlich weiterentwickelt und die gesellschaftliche Stabilität und Einheit bewahrt werden können." (RMRB, 29.1.87) In dem Bericht wird Li Ruihuan dafür gepriesen, daß er nicht nur lobende Worte für die "alten Genossen" findet sondern sie auch mit beratender Stimme an der konkreten Arbeit von Regierung und Parlament teilnehmen läßt.

Der erst 53jährige Li Ruihuan scheint mittlerweile auch die Unterstützung der alten Garde in der Parteizentrale zu haben: Der ständige stellvertretende Vorsitzende der Zentralen Beraterkommission Bo Yibo hielt sich vom 8. bis 13. Januar zur "Inspektion" in Tianjin auf, um vor Ort den Kandidaten für die Nachfolge von Zhao Ziyang als Ministerpräsident zu prüfen, und äußerte sich danach sehr positiv über die Arbeit von Li in Tianjin. Beeindruckt zeigte sich Bo Yibo vor allem von drei Dingen:

1) Seine volle Zustimmung fand natürlich die respektvolle Behandlung der "alten Genossen" und die von Li verwirklichte "Dreierverbindung von Alten, Mittelalten und Jungen". Bo forderte, daß man an der Dreierverbindung festhalten müsse und nicht mit einem Schlag alle alten Kader beiseite schieben dürfe - eine deutliche indirekte Kritik an die Adresse von Hu Yaobang. Einige "alte Genossen", so Bo Yibo, seien gesundheitlich noch ganz auf der Höhe und man solle ihnen eine angemessene Arbeit zuteilen. Die jüngeren Kader ermahnte Bo zu Bescheidenheit und Umsicht und dazu, "die alten Genossen zu achten". Bei der Auswahl von Führungskadern müsse darauf geachtet werden, daß sie politisch

und fachlich einwandfrei seien. Dabei sei das wichtigste Kriterium, ob sie revolutionär seien - damit stellte sich Bo gegen die von jüngeren Reformkräften vertretene Position, daß vor allem die fachliche Qualifikation bei der Auswahl von Führungskadern ausschlaggebend sein müsse. Bo vertrat auch die Ansicht, daß man bei der fachlichen Qualifikation nicht so sehr auf die Zeugnisse achten solle, sondern daß man der Fähigkeit zu praktischer Arbeit, praktischer Erfahrung und dem Praxisbezug mehr Aufmerksamkeit schenken müsse. Diese Ausführungen scheinen nicht nur auf die allgemeine Situation bezogen gewesen zu sein, sondern auch ganz konkret auf Li Ruihuan, der als gelernter Zimmermann zwar zweimal nationaler Modellarbeiter gewesen ist, aber über keine Hochschulausbildung verfügt. Dafür hatte sich Li in den 60er Jahren während seiner Freizeit an einer Abendschule zum Bauingenieur weitergebildet. An den von Bo Yibo eingeforderten revolutionären Meriten mangelt es Li auch nicht: Während des Großen Sprungs war Li Aktivist und Modellarbeiter und Mitte der 70er Jahre leitete er den Bau des riesigen Mao-Mausoleums.

2) Lob fand Bo Yibo auch dafür, daß die Stadt Tianjin unter Lis Führung etwas konkretes für die Bevölkerung geleistet habe und daß die Massen deshalb sehr zufrieden seien. Bo berief sich auf Mao Xiaodong (und nicht auf Deng Xiaoping!), der betont habe, daß ein kommunistisches Parteimitglied voll und ganz dem Volke dienen müsse.

3) Zufriedenheit äußerte Bo Yibo auch darüber, daß Tianjin in den letzten Jahren auf allen Arbeitsgebieten die "guten Traditionen der Partei" weiterentwickelt habe, daß man dort für das Prinzip des "harten Kampfes" (jianku fendou) eintrete und daß man einige Großprojekte auch mit Hilfe von unentgeltlicher Pflichtarbeit (yiwu laodong) u.ä. Methoden fertiggestellt habe. (RMRB, 14.2.87)

Aus ZK-Dokument 3/1987, das eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Diskussionen auf den erweiterten Sitzungen des Politbüros zwischen dem 10. und 16. Januar 1987 enthält, geht hervor, daß in Zukunft ein informelles Dreiergremium von Deng Xiaoping, Li Xiannian und Chen Yun darüber wachen soll, daß der künftige Parteichef politisch nicht aus dem Ruder läuft (*Le Monde*, 2.3.87). Dies

scheint ein Indiz dafür, daß Dengs Macht beschnitten worden ist, denn bisher oblag diese Aufgabe und Pflicht de facto ausschließlich Deng Xiaoping. Die fortgesetzten "Fehler" von Hu Yaobang, wegen derer er Mitte Januar gestürzt wurde, machten in den Augen der Orthodoxen offenbar deutlich, daß Deng Xiaoping der Aufgabe der politischen Überwachung des formellen Parteichefs allein nicht mehr gewachsen ist. Kritik an Dengs bisheriger Ein-Mann-Herrschaft hatte Chen Yun bereits auf der Nationalen Delegiertenkonferenz der KPCh im September 1985 geübt, als er forderte: "In allen Führungsgremien muß die Demokratie entfaltet werden, verschiedene Meinungen, insbesondere die Meinungen Andersdenkender, müssen angehört werden, ... und es muß vermieden werden, daß nur die Worte Einzelner gelten." (RMRB, 24.9.85)

Gegenwärtig scheint der Machtkampf zwischen Reformern und Reformgegnern und zwischen orthodoxen alten Herren und aufgeschlosseneren jüngeren Kräften hinter den Kulissen intensiv weiterzugehen. Den zentralen Streitpunkt scheinen gegenwärtig die Personalentscheidungen für den XIII. Parteitag darzustellen. Sowohl die personelle als auch die politisch-programmatische Nachfolge Dengs scheint ungeklärter denn je in den letzten 6 Jahren. Viel wird davon abhängen, wer von den alten Herren an der Parteispitze zuerst stirbt.